



Presseschau vom 10.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

av-zakharchenko.su: Heute, am 9. Januar, hat sich das Oberhaupt der DVR mit Richtern getroffen, die mit ihrer zweiten Amtszeit begonnen haben.

Das Staatsoberhaupt dankte den Richtern für den Aufbau des Systems und die fruchtbare Arbeit in drei Kriegsjahren und stellten ihnen die Hauptaufgabe für die nächste Zeit.

„Heute wird das Gerichtssystem der DVR drei Jahre alt. Dies ist kein langer Zeitraum, in dem gelang es vieles zu tun. Glauben Sie, wir schätzen Ihre Arbeit hoch. Diese Zeit war nicht einfach, wir haben mit ernsthaften Problemen des Aufbaus gekämpft. Aber wir haben diese Schwierigkeiten überwunden. Die Richter der DVR arbeiten, die Menschen wenden sich an sie, Entscheidungen werden getroffen.

Bei den negativen Dingen kann ich die Tatsache anmerken, dass in der Republik noch viele Angelegenheiten offen sind, die bereits vor 2014 begonnen wurden. Sehr geehrte Freunde, Wir müssen mit unserer ukrainischen Vergangenheit brechen. Ein Weg zurück gibt es nicht mehr, wir sind auf den Weg eines unabhängigen Staates übergegangen. Und den Staat bauen wir mit unseren eigenen Händen auf. Deshalb fordere ich nachdrücklich, in der nächsten Zeit die Angelegenheiten zu lösen, die sich seit 2014 ziehen. Das ist Ihre operativste Aufgabe.

Ich weiß, dass es die Position des Obersten Gerichts ist, sich kategorisch zu weigern, Richter einzustellen, die zu Beginn des Kriegs aus dem Donbass geflohen sind. Diese Position teile ich vollständig. Es kommen Opportunisten zurück, die in der schwersten Zeit gegangen sind, um ein besseres Schicksal zu finden. Für diese Menschen gibt es in der Republik keinen Platz. Die Ehre der Richter darf nicht beschmutzt werden, und ein Mensch, der einmal verraten hat,

wird ein zweites Mal verraten. Wir alle teilen das Schicksal unseres Staates und wir kämpfen für ihn. Sie verteidigen die Gesetzlichkeit und die Ordnung. Das muss das grundlegende Prinzip der Arbeit der Richter sein“, sagte Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: Drohnen-Technologietransfer an Terroristen: Westen lässt „Geist aus Flasche“

Seit mehreren Tagen wird diskutiert, wie Terroristen an die Technologien kommen konnten, um die russische Basis Hmeimim gleich mit 13 Drohnen anzugreifen. Für den Vizechef des Verteidigungsausschusses im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus) Franz Klinzewitsch ist die Mitverantwortung der USA an dem Angriff zunehmend offensichtlich. Laut Klinzewitsch hat der Westen „den Geist aus der Flasche gelassen“, indem er Terroristen die notwendigen Technologien für den koordinierten Drohnenangriff auf die russischen Stützpunkte gewährt hat.

Die Mitbeteiligung der USA an diesem Angriff sei dabei zunehmend offensichtlich, erklärte der Politiker.

„Die Behauptungen des Pentagon-Sprechers über die leichte Zugänglichkeit der Technologien, die beim Angriff der Drohnen auf die russische Basis in Syrien genutzt wurden, ist auf Menschen ausgerichtet, die mit Drohnen nur über Bilder von Fernsehbildschirmen bekannt sind,“ betonte Klinzewitsch.

Für einen Experten sei dies absolut offensichtlich ein Bluff.

„Ich werde mich kein bisschen wundern, wenn die USA morgen erklären werden, dass man auch eine Atombombe auf dem freien Markt bekommen könnte“, fügte der Sicherheitsexperte hinzu.

Zudem benötigt eine solche Operation laut dem Abgeordneten nicht nur die notwendigen Technologen, sondern auch Spezialisten, die zumindest den Start und die Programmierung der GPS-gesteuerten flugzeugartigen Kampfdrohnen überwachen würden.

„Ich behaupte weiterhin, dass die ganze Sache nicht ohne eine Beteiligung der US-Geheimdienste ausgekommen ist“, hebt Klinzewitsch hervor.

Nicht zuletzt habe es den „Zufall“ gegeben, dass just zu der Zeit des Angriffes ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug mehr als vier Stunden lang in der Nähe der russischen Stützpunkte patrouilliert hatte.

„Abgeschlossene Etappe“

Nach Meinung des Politikers ist es aber im Prinzip mittlerweile fast schon sinnlos, die USA für irgendwelche Vergehen gegen moralische Normen der internationalen Beziehungen zu beschuldigen. Dies sei eine „schon längst abgeschlossene Etappe“.

Mittlerweile gehe es längst um deutlich „härtere“ Zusammenhänge.

„Durch die Übergabe von modernsten Technologien an Terroristen – ob direkt oder über Umwege – haben die USA einen Geist aus der Flasche gelassen. Technologien sind kein Geld: Wenn man sie einmal bekommen hat, gibt man sie nicht wieder zurück“, betont der Sicherheitspolitiker abschließend.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium als Antwort auf Behauptungen des Pentagons, die Technologien für die von Terroristen eingesetzten Drohnen seien leicht auf dem offenen Markt zu bekommen, betont, es benötige weitreichende Ingenieurkenntnisse aus entwickelten Ländern, um flugzeugartige Drohnen zum Abwurf von Bomben nach GPS-Koordinaten zu programmieren.

„Die technischen Lösungen, die die Terroristen bei den Attacken angewendet haben, können nur aus einem Land stammen, das über die Technik der Satellitensteuerung verfügt“, hieß es aus Moskau.

Ebenfalls verwies die russische Verteidigungsbehörde auf die Tatsache, dass zum Zeitpunkt des Drohnenangriffs ein US-Aufklärungsflugzeug in der Nähe der russischen Basis patrouilliert hatte.

Der russische Luftwaffenstützpunkt Hmeimim und die Marinebasis Tartus sind in der Nacht zum 6. Januar von mit Sprengstoff beladenen Drohnen angegriffen worden. Die russische Armee konnte nach eigenen Angaben 13 Drohnen entweder im Anflug abschießen oder unter externe Kontrolle nehmen.

Dan-news.nfo: Während der Zeit des „Neujahrswaffenstillstands“ vom 01:00 am 23. Dezember wurden von den ukrainischen Streitkräften 1153 Geschosse abgeschossen, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. Insgesamt wurden während des Waffenstillstands 54 Fälle von Verletzung des Regimes der Feueinstellung festgestellt. Es wurden Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern, großkalibrige und leichte Schusswaffen verwendet. Am intensivsten hat der Gegner das Territorium des Donezker Flughafens und seine Umgebung, Sajzewo im Norden von Gorlowka, Jasinowataja und Leninskoje im Süden der DVR beschossen.

Dan-news.info: „Heute gegen 20:00 wurde wieder **Sajzewo** beschossen. Es wurde ein Haus in der Straße der Roten Partisanen 26 beschädigt. In der Folge sind zwei Menschen in dem Haus blockiert: ein 50 Jahre alter Mann und seine Mutter, eine Rentnerin“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Nach seinen Worten hält der Beschuss der Ortschaft derzeit an. Vermutlich wird mit Panzern geschossen. „Die Menschen leben, es besteht Verbindung mit ihnen. Aber weil der Beschuss bis jetzt anhält, ist es bisher noch nicht gelungen, die Menschen herauszuholen“, fügte der Bürgermeister hinzu.

Die Evakuierung der blockierten Einwohner von Sajzewo wird beginnen, sobald die ukrainische Armee aufhört zu schießen.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Neuer Atomsprengkopf zur „Eindämmung“ Russlands? – Medien Die USA wollen die aktuellen Restriktionen für den Atomwaffeneinsatz mindern und arbeiten an einem neuen Atomsprengkopf mit Kleinladung für den Widerstand gegen Russland. Dies berichtet „The Guardian“ unter Berufung auf den ehemaligen Direktor des Nationalen Sicherheitsrates der USA für Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Jon Wolfsthal. Mit den neuen Sprengköpfen sollen demnach Unterwasserraketen Trident D5 ausgerüstet werden. Damit ziele Washington angeblich darauf ab, Russland im Falle eines Konflikts in Osteuropa am Einsatz von Atomwaffen zu hindern. Mit seinen Aussagen beruft sich Wolfsthal auf die letzte Rohschrift der US-Atomstrategie. Das Schlusdokument soll Ende Januar erstmals seit acht Jahren vorgestellt werden. Der Quelle der Zeitung zufolge sollen die ursprünglichen Dokumentvarianten noch härter verfasst gewesen sein. Die Autoren des Dokuments sollen Wolfsthal zufolge „eine eindeutig eindämmende Nachricht an Russland, Nordkorea und China“ schicken wollen, die in einer starken, zugleich aber bescheidenen Sprache verfasst sei. Jeder Versuch Russlands oder Nordkoreas, Atomwaffen einzusetzen, werde demnach gravierende Folgen haben. In der neuen Strategie der nationalen Sicherheit der USA, die Ende 2017 vorgelegt wurde, sind Russland und China als Hauptbedrohungen dargestellt, die den geopolitischen Vorrang Washingtons angeblich bestritten und die Weltordnung zu ihrem Nutzen zu ändern

versuchten.

Dnr-news.com: „Zuerst werden wir einmarschieren“ - Poroschenko sprach darüber, wann die Ukraine die Einwohner des Donbass amnestiert

Der aus der Gefangenschaft in der DVR befreite Religionsgelehrte Igor Koslowesky berichtete, wie die Amnestie für die Bewohner des Donbass gemäß der Version von Poroschenko vor sich gehen werde. Dies sagte er im einen Interview des Fernsehsenders „112 Ukraina“.

„Petro Poroschenko formulierte die Kiewer Politik im Donbass nach einem bekannten Ausspruch - „Aufhängen werden wir danach“.

Natürlich sprechen viele von einer möglichen Amnestie. Ich habe darüber im Flugzeug mit den Präsidenten gesprochen.... Er sagte: ‚Ja, lasst uns erst einmal einmarschieren, dann werden wir auch über eine Amnestie sprechen‘. Das ist die Position“, zitierte Koslowesky den ukrainischen Präsidenten.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/1515564771_screenshot_14.jpg

de.sputniknews.com: Syrien-Kongress in Sotschi: Russland rechnet mit UN-Teilnahme
Russland erwartet laut dem russischen Botschafter bei der Uno, Wassilij Nebensja, die Teilnahme der UN-Vertreter am Syrischen Kongress des Nationalen Dialogs in Sotschi.

„Wir hoffen darauf“, sagte der Diplomat gegenüber Journalisten.

„Wir sind der Auffassung, dass es im Interesse der Uno ist, daran teilzunehmen“.

Sotschi sei „kein einmaliges Ereignis, sondern ein Ereignis, das im von der Uno durchgeführten Prozess helfen soll“.

Er verwies darauf, dass Moskau konsequent betont habe, der Kongress des Nationalen Dialogs sei „keine Alternative“ zum Genfer Prozess, wie die syrische Opposition vermutet.

„Wir sagen dies allen, vom UN-Generalsekretär (António Guterres – Anm. d. Red) bis zu (seinem Gesandten in Syrien) Staffan de Mistura, allen Teilnehmern an den Verhandlungen in Genf, der syrischen Regierung und der Opposition sowie anderen Mitgliedstaaten“, präzisierte Nebensja. Das Ziel des bevorstehenden Forums sei es, „eine neue Kraft neben dem Prozess

unter der UN-Ägide in Genf zu schaffen, der auf die politische Regelung zielt“. Der Syrische Kongress des Nationalen Dialogs findet im Zeitraum vom 29. bis 30. Januar in Sotschi statt.

Lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen **einmal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Kalinowka**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: Russische Botschaft warnt Washington vor Einmischung in Präsidentschaftswahlen

Die Versuche Washingtons, Moskau vor dem Hintergrund der kommenden Präsidentschaftswahlen unter Druck zu setzen, sind unzulässig. Diese Erklärung veröffentlichte die russische Botschaft in den USA auf ihrer Facebook-Seite.

„Wir wollen die ‘Hitzköpfe’ in den USA kaltstellen: die Forderungen nach Zulassung von wem auch immer zu den Wahlen in Russland und andere derartige Versuche, die russische Regierung unter Druck zu setzen, sind unzulässig und werden als eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Staates betrachtet“, heißt es in der Mitteilung der Botschaft.

In der Erklärung wird zudem angegeben, dass bereits 15 Kandidaten, die an den kommenden Wahlen teilhaben wollen, die notwendigen Dokumente bei der Zentralen Wahlkommission eingereicht haben. Wegen verschiedener Diskrepanzen sollen sieben Wählergruppen, die zur Unterstützung von unabhängigen Kandidaten gebildet wurden, eine Absage erhalten haben. Die Vorwürfe seitens Washingtons, diese Absagen wären politisch motiviert, bezeichnete die Botschaft als absolut grundlos. „Dabei erfolgten diese Vorwürfe merkwürdigerweise zum gleichen Zeitpunkt wie die erneute Welle von Behauptungen über Russlands Einmischung in Wahlprozesse in anderen Ländern“, heißt es in der Erklärung weiter.

Die Botschaft äußerte zugleich die Hoffnung, dass die US-Regierung russische Bürger, die in den USA leben oder sich aufhalten, nicht daran hindern werde, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31871/29/318712977.jpg>

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **fünfmal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Die Gebiete von **Dokutschajewsk und Sosnowskoje** wurden mit Mörsern beschossen, außerdem wurden die Gebiete von **Spartak und Dolomitnoje** mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Hier wurde Drohnenangriff auf Hmeimim gestartet –
Verteidigungsministerium

Das russische Verteidigungsministerium hat den Ort genannt, von dem aus die Drohnen gestartet worden sind, die den russischen Luftwaffenstützpunkt in Hmeimim angegriffen haben. Dies berichtet die offizielle Zeitung „Krasnaja Swesda“ des russischen Verteidigungsministeriums.

„Es wurde festgestellt, dass die Drohnen aus der Umgebung der Siedlung Muazzara gestartet worden sind, die in der südwestlichen Deeskalationszone Idlib liegt“, heißt es in der Mitteilung. Der südwestliche Teil werde von den bewaffneten Einheiten der sogenannten „moderaten Opposition“ kontrolliert.

Vor diesem Hintergrund habe das Verteidigungsministerium Briefe an den türkischen Generalstabschef, Akar Hulusi, und den Leiter des türkischen Inlandsgeheimdienstes, Hakan Fidan, gerichtet. Diese sollen die Aufforderung enthalten haben, solche Angriffe in Zukunft zu unterbinden.

In den Briefen sei Ankara aufgefordert worden, seinen Verpflichtungen nachzukommen und die Einhaltung der Waffenruhe seitens der von der Türkei kontrollierten bewaffneten Einheiten zu gewährleisten und Beobachtungsposten in der Deeskalationszone Idlib einzurichten. Dadurch sollten derartige Attacken von Angriffsdrohnen verhindert werden, hieß es weiter.

Der russische Luftwaffenstützpunkt Hmeimim und die Marinebasis Tartus waren in der Nacht zum 6. Januar von mit Sprengstoff beladenen Drohnen angegriffen worden.

Die russische Armee konnte nach eigenen Angaben 13 Drohnen entweder im Anflug abschießen oder unter externe Kontrolle nehmen.

Am Dienstag teilte das russische Militär mit, dass ein US-Aufklärungsflugzeug vom Typ Poseidon zum Zeitpunkt des Angriffs in der Nähe der beiden attackierten Stützpunkte geortet worden sei.

Die US-Behörden reagierten auf die Vorwürfe, indem sie behaupteten, über keine Details zu den Drohnenattacken auf die russischen Militärstützpunkte zu verfügen, und erklärten, dass die bei den Drohnenangriffen eingesetzte Technologien auf dem offenen Markt „leicht zugänglich“ seien.

Angesichts der mutmaßlichen Zugänglichkeit der Militärtechnologien teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass die Programmierung eines unbemannten Luftfahrzeuges und das Abwerfen von Bomben von einer Drohne eine Ingenieurausbildung erfordere. Die genauen Zielkoordinaten hätten sich auf Angaben der Satellitenaufklärung gestützt. Zudem seien alle von den Terroristen eingesetzten Drohnen mit barometrischen Sensoren und Servomotoren der Höhenruder ausgestattet gewesen, betonte das Verteidigungsministerium.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschoss - Anm. d. Übers.). Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 49. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR

abgeschossenen Geschosse 104.

Wir erinnern daran, dass ab 01:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: Kreml: Darum werden auf der Krim S-400-Komplexe stationiert
Dass Russland notwendige Maßnahmen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit ergreift, sollte laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow keineswegs als Bedrohung wahrgenommen werden.

So kommentierte der Sprecher des russischen Präsidenten die Entfaltung der zweiten Division von S-400-Raketensystemen auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim.

Peskow teilte mit, dass es an der russisch-ukrainischen Grenze auf dem Territorium der Halbinsel weiterhin zu Provokationen und Sabotageakten komme. „Deswegen muss Russland notwendige Maßnahmen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit ergreifen, die nicht als Bedrohung für wen auch immer, sondern eben als Eigensicherung wahrgenommen werden sollten“, sagte Peskow. „Darauf hat Russland das umfängliche souveräne Recht.“

Zuvor war berichtet worden, dass der neue Divisionskomplex S-400 Triumph am 12. Januar auf der Krim in Dienst genommen wird.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31720/50/317205076.jpg>

ukrinform.ua: Russland stationiert S-400-Systeme auf der Krim zum Schutz von „Bedrohungen aus der Ukraine“

Russland wird Flugabwehrsysteme S-400 auf der Krim zum Schutz von „fliegenden Bedrohungen aus der Ukraine“ stationieren.

Das schreibt die russische Agentur RIA Novosti unter Berufung auf ihre Quellen. „Die Aufgabe der zweiten Division des Systems S-400 ist, fliegende Objekte seitens der Ukraine, die eine Gefahr für die Krim darstellen, zu erfassen und wenn nötig zu vernichten“, sagte ein Gesprächspartner der Agentur. Die in Sewastopol stationierte Division werde den Luftraum über Tschonhar und Armjansk kontrollieren.

Die Besatzer begründen die Aufstellung der Flugabwehr auf der Krim mit Erprobungen von Marschflugkörpern in der Ukraine.

Das vom Konzern Almas-Antei entwickelte und produzierte Flugabwehrsystem S-400 dient zur Abwehr von Raketen, Kampffjets und anderen Flugkörpern. Ziele können in einer

Entfernung bis 400 Kilometer bekämpft werden

Dan-news.info: „Heute gegen acht Uhr morgen ist es gelungen, die zwei Einwohner von **Sajzewo** zu evakuieren, die gestern in ihrem eigenen Haus blockiert wurden“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichidko mit.
Die Menschen sind jetzt in Sicherheit.

nachmittags:

ukrinform.ua: Masern-Ausbruch in Kiew: Schon rund 50 Menschen erkrankt
Die Zahl der Masernfälle in der ukrainischen Hauptstadt ist seit Beginn 2018 gestiegen. Laut dem regionalen Verbraucherschutzdienst sind in Kiew schon 54 Menschen erkrankt, 43 davon Kinder. Fast alle Erkrankten waren nicht geimpft.
Etwa 20 kranken Menschen besuchten den Wanderzirkus „Kobzov“, in dem es einen Masernfall gab.
Nach Angaben des „Kiewer Laborzentrums des Gesundheitsministeriums“ erkrankten 2017 an Masern in Kiew 87 Personen, darunter 63 Kinder (2016 gab es nur zwei Masernfälle).

Timer-odessa.net: In der DVR gibt es keine Masern
Auf dem Gebiet der nicht anerkannten Donezker Volksrepublik wurde seit Beginn des Jahres 2015 nicht ein einziger Fall von Masernerkrankung registriert. Dies wurde heute Timer aus Quellen des Sanitärepidemiologischen Dienstes Der DVR bekannt.
Darüber hinaus bestätigte die Behörde das Vorkommen einzelner Erkrankungsfälle an Masern auf den Territorien des Donerzker und Lugansker Oblast, der von den Regierungstruppen kontrolliert wird...
Impfungen gegen Masern sind in der DVR obligatorisch und werden in Übereinstimmung mit den geltenden Impfplänen in der Russischen Föderation durchgeführt.
Wir erinnern daran, dass in der ersten Januarwoche des Jahres 2018 im Oblast Odessa 63 Kinder an Masern erkrankten, 54 Menschen erkrankten im Januar in Kiew.
(Aufgrund der hohen Zahl der Neuerkrankungen wurden in Odessa die Winterferien vorläufig bis zum 22. Januar verlängert – Anm. d. Übers.)

Dan-news.info: „Gegen 10:00 hat die ukrainische Seite einen Beschuss der Umgebung von **Sajzewo und Galmowski** durchgeführt. Der Beschuss hält derzeit an“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.
Informationen über Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Wegen Veröffentlichung von „Russland-Dossier“: Trumps Anwalt verklagt Buzzfeed
Angesichts des Dossiers über angebliche verdächtige Verbindungen von Donald Trump zu russischen Bürgern hat der persönliche Rechtsanwalt des US-Präsidenten, Michael Cohen, das politische Unternehmen Fusion GPS und die Webseite buzzfeed.com wegen Verleumdung verklagt. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg am Mittwoch.
Fusion GPS hatte das Material für das Dossier gesammelt, das von Buzzfeed.com vor fast einem Jahr veröffentlicht worden war. Da das Dossier viele nicht belegte Behauptungen enthielt, weigerten sich die meisten US-Medien, es zu publizieren.

„Im Gerichtsverfahren wird bewiesen werden, dass ich an der Absprache mit Russland nicht beteiligt bin“, sagte Cohen. „Mein Name wurde nur wegen meiner Nähe zum Präsidenten aufgenommen.“ Er sei im Dossier 15 Mal erwähnt worden.

Das Dossier sei „Gegenstand aktiver Untersuchungen“ des Kongresses und der Nachrichtendienste, äußerte BuzzFeed-Sprecher Matt Mitterthaler in einer Erklärung gegenüber der Webseite und betonte, die Mitarbeiter der Webseite würden sich darauf freuen, „vor Gericht die Pressefreiheit zu verteidigen“.

Das Dossier hatte unter anderem besagt, die russischen Behörden verfügten angeblich über kompromittierendes Material gegen Trump. Mit der Zusammenstellung des Dossiers hatte Fusion GPS den britischen Ex-Spion Christopher Steele beauftragt.

Ursprünglich blieb der tatsächliche Auftraggeber der Öffentlichkeit unbekannt, später berichtete jedoch die Zeitung „The Washington Post“, das Demokratische Nationalkomitee (DNC), das bei der US-Präsidentenwahl Hillary Clinton unterstützte, habe die Dienste von Fusion GPS in Anspruch genommen.

Trump bezeichnete das Dossier als Fälschung. Moskau sagte, Russland besitze kein kompromittierendes Material gegen Trump.

Dan-news.info: Mitteilung des Leiters des Migrationsdienstes des Innenministeriums der DVR Wladimir Krasnoschtscheka

Bis zum 1. Januar 2018 haben insgesamt 150.451 Personen einen DVR-Pass erhalten. Davon wurden 111.000 im Jahr 2017 ausgegeben.

957 der Pässe wurde an Ausländer aus mehr als 30 Ländern ausgegeben. Darunter sind Einwohner der RF, der USA, Deutschlands, Italiens, Serbiens, Finnlands.

de.sputniknews.com: US-Justizministerium fordert Registrierung von Sputnik-Partner als „Auslandsagent“

Das US-Justizministerium hat das Unternehmen RIA Global LLC, das sich mit der Herstellung von Inhalten für die Nachrichtenagentur und den Radiosender Sputnik beschäftigt, verpflichtet, sich als „Auslandsagent“ zu registrieren. Dies geht aus einer offiziellen Mitteilung der Behörde hervor, die der Nachrichtenagentur RIA Novosti zur Verfügung steht.

In dem Dokument vom 5. Januar heißt es, dass sich das Unternehmen mit „politischer Tätigkeit in den USA im Interesse der Internationalen Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya“ befasst. Für die Erfüllung der Anforderungen hat es demnach 30 Tage Zeit.

Laut dem US-Justizministerium darf RIA Global nach der Registrierung seine Arbeit fortsetzen. Alle Sendungen werden jedoch von einer Mitteilung über den Status eines „Auslandsagenten“ begleitet.

RIA Global LLC ist ein amerikanisches Unternehmen, bei dem amerikanische Journalisten tätig sind, die Nachrichten und Radiosendungen für die internationale Nachrichtenagentur und den Radiosender Sputnik erstellen.

US-Vorgehen gegen russische Medien

Zuvor war das Unternehmen Reston Translator, das in den USA Radioprogramme von Sputnik sendet, vom US-Justizministerium als „ausländischer Agent“ registriert worden.

Eine Warnung soll auch das US-Unternehmen Multicultural Radio Broadcasting bekommen haben, das die Radioprogramme von Sputnik im AM-Radio sendet.

Das US-Justizministerium hatte Anfang September vom Betreiberunternehmen des Fernsehsenders RT America gefordert, sich als Auslandsagent eintragen zu lassen. Im November wurde eine ähnliche Forderung an den Fernsehsender selbst gerichtet. Etwas später drohte der Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus), als Antwort auf die Diskriminierung russischer Medien CNN-Sendungen zu sperren.

Andere ausländische Medien in den USA wie die britische BBC, die chinesische CCTV, der französische Sender France-24 sowie die Deutsche Welle mussten sich hingegen nicht als Auslandsagenten erfassen lassen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte in Reaktion auf diese Entwicklungen am 25. November ein Gesetz unterzeichnet, dem zufolge aus dem Ausland finanzierte Medien unter Umständen als Auslandsagenten eingestuft werden können

Dan-news.info: „Im Januar 2018 gab es eine Neuberechnung der Rentenzahlungen gemäß dem Erlass des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko vom 15.12.2017, nach dem die Mindestrente auf 2904 Rubel angehoben wurde. Die Neuberechnung betrifft mehr als 309.000 Rentner“, teilte der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR mit.

de.sputniknews.com: Nach Drohnenangriff: Russlands Militär will seine Pläne revidieren
Vier Tage nach der massierten Attacke auf die beiden russischen Militärstützpunkte in Syrien hat Verteidigungsminister Sergej Schoigu angeordnet, die Planung des Ministeriums mit den jüngsten sicherheitspolitischen Wandlungen in der Welt in Einklang zu bringen.

„Wir müssen die militärpolitische Lage in der Welt im Auge behalten und die eigenen Arbeitspläne unter Berücksichtigung der sich vollziehenden Wandlungen korrigieren“, ordnete Schoigu am Mittwoch bei einer Besprechung in seinem Ministerium an.

Ob diese Entscheidung mit der jüngsten Drohnen-Attacke in Syrien zusammenhängt, blieb unklar. Waffenexperten hatten zuvor gewarnt, dass sich kein Land der Welt in Sicherheit wähen dürfe, nachdem die Terroristen solche komplizierte Drohnentechnik in ihren Besitz gebracht hätten.

Schoigu betonte in der heutigen Besprechung, dass die Modernisierung der strategischen Atomwaffen Priorität habe: „Bis zum Jahr 2021 muss der Anteil moderner Rüstungen in der russischen Atomwaffentriade auf mindestens 90 Prozent steigen.“ Ende 2017 hatte dieser Anteil laut Präsident Wladimir Putin bei 79 Prozent gelegen. Ein weiterer Schwerpunkt liege in der militärischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist **stabil angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen einmal den „Neujahrswaffenstillstand“ verletzt und 16 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Kalinowka abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzten systematisch die Bedingungen zur Stationierung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen und ziehen ihr militärisches Potential entlang der Kontaktlinie zusammen.

Im Verantwortungsbereich der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde die Verschiebung einer Kolonne von Fahrzeugen mit drei Sattelschleppern, die mit Panzern beladen waren, entdeckt. Die Kolonne bewegte sich aus Staniza Luganskaja in Richtung Makarowo.

Im Gebiet von Nowswanowka, 2km von der Kontaktlinie, wurden provisorische Feuerpositionen einer Mörserbatterie der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krasnyj Pacharj wurden Positionen einer Haubitzenartilleriebatterie entdeckt.

Es werden Materialien auf die Positionen der 1. bataillonstaktischen Gruppe der 80.

Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Lopaskino und auf die Positionen des 109. Bataillons der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im

Gebiet von Solotoje geliefert.

Außerdem wurde die Durchführung von Arbeiten zur technischen Ausrüstung von Positionen des 16. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje entdeckt.

Im Gebiet von Smeloje-Trjochisbjonka wurden Flüge von Drohnen aus dem Bestand einer Aufklärungskompanie der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte zum Zwecke der Luftaufklärung der Positionen der Volksmiliz der LVR entdeckt.

de.sputniknews.com: „Dekommunisierung“ droht Ukraine mit Grenzstreitigkeiten
Das Jahr 2018 hat in der ukrainischen Politik mit Debatten über die sowjetische Periode in der Geschichte dieses Landes begonnen, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Mittwoch. Der Leiter des Instituts für nationales Gedenken hat v

Das Institut für nationales Gedenken wurde unter Präsident Viktor Juschtschenko gegründet, und zwar als Forschungszentrum. Nach dem Sturz seines Nachfolgers Viktor Janukowitsch 2014 wurde sein Status geändert, es gilt heute als Institut der Exekutive und wird unmittelbar von der Regierung des Landes kontrolliert.

Auf Initiative des Instituts wurde in der Ukraine die sogenannte „Dekommunisierung“ in die Wege geleitet, in deren Rahmen viele Städte umbenannt wurden. Auch einige Feiertage wurden aberkannt bzw. neu festgelegt. So wird der 8. Mai inzwischen als Tag des Gedenkens und der Aussöhnung gefeiert. Der 9. Mai, der Siegestag, bleibt weiterhin Feiertag, doch der Begriff „Großer Vaterländischer Krieg“ wurde verboten – stattdessen wird jetzt nur vom Zweiten Weltkrieg gesprochen. Unklar ist auch, ob in der Ukraine weiterhin der Frauentag am 8. März und der Tag der Arbeit am 1. Mai gefeiert werden.

Und jetzt trat der Leiter des Instituts, Wladimir Wjatrowitsch, mit einer neuen Initiative auf. Nach seinen Worten sollte die Geschichte der unabhängigen Ukraine nicht ab 1991 gezählt werden, sondern ab 1917, als die Ukrainische Volksrepublik gegründet wurde.

Der Beamte forderte die Werchowna Rada (Parlament) auf, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Auf der Webseite des Parlaments gibt es vorerst keine Gesetzentwürfe zu diesem Thema: Die Abgeordneten sind noch in den Weihnachtsferien. Einige von ihnen warnten aber schon, dass diese Initiative gewisse Probleme für die Ukraine selbst auslösen könnte, nicht zuletzt weil die Grenzen der Ukrainischen Volksrepublik anders als die Grenzen der Ukrainischen Sowjetrepublik waren.

Darauf verwies auch der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der GUS in der Staatsduma (Parlamentsunterhaus) Russlands, Leonid Kalaschnikow. Auf seiner Seite in einem sozialen Netzwerk betonte er, dass die Ukraine größtenteils aus Territorien bestehe, die in der Sowjetzeit in die Ukrainische Sowjetrepublik aufgenommen worden wären.

„Sollte man das (die Initiative Wjatrowitschs) ernstnehmen, müsste man nicht nur die Krim, sondern die halbe Ukraine Russland überlassen. Denn auch Charkow, Dnepropetrowsk und das Donezbecken hatten der Ukraine vor der Entstehung der UdSSR gar nicht angehört.“

Ein ukrainischer Abgeordneter, der anonym bleiben wollte, warnte seinerseits, dass es in diesem Fall auch einige Fragen bezüglich der westlichen Gebiete geben könnte. Denn 1919 habe die Ukrainische Volksrepublik die Vereinigung mit der Westukrainischen Volksrepublik verkündet, doch einige Monate später sei diese unter die Kontrolle mehrerer Nachbarländer geraten. „Werden wir etwa auch unsere westlichen Nachbarländer, die EU- und Nato-Mitglieder sind, zu Okkupanten abstempeln?“, fragte der Parlamentarier.

Der Leiter des Instituts für ukrainische Politik, Konstantin Bondarenko, sagte gegenüber der „Nesawissimaja Gaseta“, Wjatrowitschs Initiative sei gar nicht neu: „Bereits seit den späten 1980er bzw. frühen 1990er Jahren hatten einige ukrainische Historiker und Politiker solche Ideen geäußert.“ Früher seien sie nie wirklich ernst genommen worden, doch diesmal könnte sich die Rada tatsächlich mit einem entsprechenden Gesetzentwurf befassen.

„Es gibt aber noch ein Moment: 1922 wurde die Ukraine offiziell einer der Mitbegründer der

Sowjetunion“, betonte der Politologe und ergänzte, dass sich die ukrainische Elite in Sowjetzeiten, die jetzt unter Umständen als „Besatzungszeiten“ bezeichnet werden könnten, unmittelbar an der sowjetischen Politik beteiligt hätte.

Zugleich vermutete der Experte, dass es Kiew in diesem Fall nicht um finanzielle bzw. materielle Ansprüche an Moskau gehe. Das sei vielmehr „eine ideologische antirussische Aktion“, deren Ziel es sei, die Ukraine und Russland endgültig voneinander zu trennen, so Bondarenko.

armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Daniil Bessonow

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte auf das Gebiet von **Dokutschajewsk** zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und auf **Sosnowskoje** 22 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurden die Gebiete von **Spartak** und **Dolomitnoje** mit Schützenpanzern und Schusswaffen beschossen. Nach Angaben unserer Aufklärung verteilt der Gegner Flugabwehrmittel auf vorgesehene Kampfgebiete. Offiziell geschieht das, um den Luftraum über Raketenartilleriewaffen- und Treibstofflagern sowie über Kommandopunkten von Truppenverbänden, die Kampfaufgaben in der „ATO“-Zone durchführen, zu sichern.

Aber während mit einer amerikanischen Drohne vom Type „Global Hawk“ ein Aufklärungsflug über der Kontaktlinie durchgeführt wurde, wurden im Verantwortungsbereich der 30. mechanisierten Brigade im Gebiet von Krasnoje (in der Nähe von Wolnowacha) mit vier Abwehrraketenkomplexen vom Typ „Buk-M1“ der ukrainischen Streitkräfte ein komplexes Training zur Suche, Entdeckung, Einnahme und Geleit dieses Luftziels sowie Ausbildung im Feuern mit diesen durchgeführt.

Wir schließen nicht aus, dass in der Ukraine derzeit die Vorbereitung auf eine **großflächige Provokation** stattfinden, während der ein „Global Hawk“ abgeschossen werden wird und wieder versucht werden wird, die Schuld auf unsere Republik abzuschieben. So wiederholen sich in allem die Ereignisse des Jahres 2014, als die Boeing der malaysischen Fluggesellschaft abgeschossen wurde. Nur ist jetzt das **Hauptziel, die NATO und die USA in diesen Konflikt hereinzuziehen.**

Ich will rechtzeitig darauf hinweisen, dass es in der Donezker Volksrepublik weder 2014 noch jetzt Systeme gibt, die es erlauben Fluggeräte in hohen Höhen abzuschießen. Und alle Unterstellungen diesbezüglich sind haltlos.

de.sputniknews.com: Die „Hauptbekämpfer Russlands“ stören Brüssel - Ministerwechsel in Polen

Warum hat der polnische Präsident gleich mehrere Minister entlassen? Zwei von ihnen hatten übrigens nicht nur scharfe Differenzen mit Moskau, sondern wurden auch in Brüssel kritisiert. Will Polen nun seine Beziehungen mit Russland und mit der EU verbessern? Mit dem Thema beschäftigt sich die russische Onlinezeitung gazeta.ru.

Die Onlinezeitung titelt: „Die ‚Hauptbekämpfer Russlands‘ stören Brüssel.“ Sie stellt fest, im Hinblick auf das russisch-polnische Verhältnis sei die Entlassung von Außenminister Witold Waszczykowski und Verteidigungsminister Antoni Macierewicz besonders interessant.

„Die beiden Politiker sind bekannt für ihre scharfen antirussischen Äußerungen. Macierewicz machte Russland insbesondere für jenen Flugzeugabsturz bei Smolensk verantwortlich, bei dem der damalige polnische Präsident Lech Kaczynski ums Leben gekommen war“, schreibt gazeta.ru.

Aussagen von Waszczykowski seien bei russischen Politikern ebenfalls regelmäßig auf Empörung gestoßen:

„Im Jahr 2016 stufte Waszczykowski Russland beispielsweise als ‚existenzielle Bedrohung‘

für die osteuropäischen Länder ein. Im vergangenen Herbst schlug er Alarm wegen der russisch-weißrussischen Militärübungen West-2017 und drohte, die Nato könne deswegen ihre Kräfte in Polen und in Zentraleuropa im Allgemeinen aufstocken.“

Aber auch in Brüssel seien die beiden Ex-Minister kritisiert worden. Die EU-Spitze habe Macierewicz eine zu langsame Modernisierung der polnischen Armee vorgeworfen und Waszczykowski für einen ineffizienten Diplomaten gehalten. Vor diesem Hintergrund gehe die Entlassung der beiden möglicherweise auf Polens Bestrebung zurück, seine immer schlechter werdenden Beziehungen mit der Europäischen Union zu verbessern. Der polnische Präsident Andrzej Duda werde bald Brüssel besuchen – und die Entlassung der Minister solle vermutlich das Terrain für seine Gespräche mit den EU-Behördenchefs vorbereiten, schreibt die Onlinezeitung weiter.

Der russische Auslandsexperte Kirill Koktysch, Dozent an der Diplomaten-Uni MGIMO, schloss ebenfalls nicht aus, dass Warschau bereit sei, seine Beziehungen mit Moskau und Brüssel allmählich zu verbessern. Er sagte, eine „pragmatischere Position“ gegenüber Russland sei vorhersagbar, die konkrete Form der Beziehungen werde aber von der Politik der neuen Minister abhängen.

Eine drastische Verbesserung der Beziehungen mit der EU plane die Regierung in Warschau allerdings kaum, denn sie sei am Weiterbestehen eines „kontrollierten Konflikts“ mit Brüssel interessiert, so Koktysch.

Er erläuterte für gazeta.ru: „Ein Streit mit Brüssel ist für Polen derzeit objektiv günstig. Ab diesem Jahr gehen die EU-Zuschüsse für Osteuropa zu Ende. Osteuropa behält also die Pflichten, aber nicht die Zuschüsse – und dies ist schon eine deutlich weniger interessante Realität als bisher.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31900/65/319006530.jpg>

abends:

Dan-news.info: „Im letzten Jahr wurden sieben internationale Vereinbarungen mit der LVR, der Republik Südossetien und Abchasien unterzeichnet“, teilte die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa mit.

Nach ihren Worten waren die wichtigsten Dokumente im letzten Jahr der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der DVR und der Republik Südossetien sowie das Protokoll über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Republik Südossetien und der DVR, das am 11. Mai 2017 unterzeichnet wurde.

de.sputniknews.com: Ischinger macht Russland für neuen Ost-West-Konflikt verantwortlich
Tilo Gräser

Berlin will wie der Westen insgesamt ein besseres Verhältnis zu Moskau. Das behauptet Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz. Russland will das aber nicht, meint er und macht dieses für die Krise seit 2014 verantwortlich. Ischinger ignoriert dabei Kritik an der westlichen Haltung, die auch sein Vorgänger Horst Teltschik übt.

Das „Ziel, eine möglichst konfliktfreie Beziehung zu Russland herzustellen“, sei „Teil der deutschen Staatsräson“. Das behauptet Wolfgang Ischinger, seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), in einem Interview mit der Zeitschrift „Internationale Politik“ (IP), veröffentlicht in deren aktueller Ausgabe (Januar/Februar 2018). Darin erklärt der Ex-Diplomat, dass Russland-Politik in Deutschland „nicht nur rationale Politik“ sei. Es gebe „da ein emotionales Element, das mit der Vergangenheit zu tun hat“. Deshalb sei deutsche Politik gegenüber Russland in ihrem Denken „häufig etwas romantischer“, was sie auch erschwere.

Die Zeitschrift wird von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) herausgegeben, dem führenden bundesdeutschen Thinktank für Außenpolitik. Ischinger meint in dem IP-Interview, dass Deutschland im Vergleich zur „existenziellen Krise der EU“ die Krise mit Russland „emotional deutlich stärker als die Partner“ treffe. Diese habe sich bereits 2008 angekündigt.

Für die Krise macht der Ex-Diplomat aber Russland verantwortlich. Bereits die Rede von Russlands Präsident Wladimir Putin in München 2007 sowie der Krieg in Georgien 2008 hätten gezeigt, „dass eine neue Epoche in den West-Ost-Beziehungen angebrochen war“. Der damals „neu aufbrechende Ost-West-Gegensatz“ sei inzwischen zu einem Konflikt geworden. Der Westen habe noch bis Mitte der 1990er Jahre gedacht, „alles im Griff zu haben“ und dass dem Ost-West-Konflikt eine „neue Phase“ folge.

Weggelassene Tatsachen

Ischinger lässt nicht nur aus, dass die russischen Truppen 2008 den georgischen Angriff auf die Republik Südossetien auf Basis internationaler Abkommen zurückschlugen und mit einem international vereinbarten Mandat dort agierten. Sie handelten damit „rechtskonform“, wie der Politologe Reinhard Mutz 2014 in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ feststellte. Der Westen habe das dagegen als „eine Art Betriebsunfall“ gesehen, so Ischinger. Aus seiner Sicht hat Putin 2008 „umgeschaltet“ und das westliche Angebot einer „Modernisierungspartnerschaft“ ausgeschlagen, „aus einer ganzen Reihe von Gründen“. Zudem wirft er Russland vor, „2014 mit der Annexion der Krim“ eine neue Ära eingeläutet zu haben und den Glaube „plötzlich“ zerstört zu haben, „dass wir mit der Charta von Paris 1990 dauerhafte, nachhaltig wirksame, verlässliche Strukturen für die euro-atlantische Gemeinschaft geschaffen hätten, an die sich alle halten würden“.

Das hatten Anfang Dezember 2017 bei einer Veranstaltung in Berlin ehemalige hochrangige deutsche Politiker und Diplomaten, darunter sein Vorgänger als MSC-Vorsitzender Horst Teltschik, anders beschrieben: Die westliche Seite habe die Instrumente für gemeinsame Sicherheit mit der Sowjetunion bzw. Russland und den anderen osteuropäischen Staaten, wie sie 1990 in der „Charta von Paris für ein neues Europa“ vereinbart wurden, nicht genutzt.

Russland verantwortlich für Flüchtlingskrise?

Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz sieht das anscheinend anders und meint: „Die Reparaturarbeiten, die wir seit 2014 zu erledigen haben, sind zwar angelaufen, aber bislang nicht erfolgreich gewesen.“ Er sagt mit Blick auf ein mögliches besseres Verhältnis zu

Russland als angeblichem Teil der bundesdeutschen Staatsräson:

„Die andere Seite muss es auch wollen, und im Augenblick will sie nicht. Sie will jedenfalls nicht dorthin zurück, wo Putin mit seiner Bundestagsrede 2001 war, als er sagte: ‚Ich will nach Westen, ich will zu euch.‘ Das ist gescheitert – jedenfalls vorerst.“

Ischinger behauptet sogar, dass die Flüchtlingskrise „letztlich eine Folge“ der seit 2014 erfolgten „russischen Intervention in der Ukraine und in Syrien“ sei. Und erklärt betont „halbironisch“: „Dank Putins Politik“ bräuchte er sich keine Sorgen um die weitere Existenz der von ihm geführten MSC zu machen.“ So würden die Themen für das Treffen jeweils zu Jahresbeginn in der bayrischen Hauptstadt nicht ausgehen.

„Schritt für Schritt“ wieder in den Krieg – auch gegen Russland?

Dort hatte 2014 der damalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck für Aufsehen gesorgt, als er in einer Rede eine stärkere Rolle Deutschlands in der Welt einforderte. Das begründete er – von einem US-Präsidenten Donald Trump war noch nichts zu ahnen – bereits damals unter anderem mit den Bestrebungen der USA, ihr globales Engagement zurückzufahren. Ischinger bestätigt in dem Interview auch, dass das, was Gauck einforderte und auf zahlreiche Kritik stieß, schon lange angestrebt wird: Der Auftritt des Bundespräsidenten „war von langer Hand geplant“.

Das gilt wohl ebenso für die Tatsache, dass inzwischen auch „zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche Truppen in ein NATO-Partnerland geschickt (wurden), um dieses gegen äußere Gefährdungen zu verteidigen“, nämlich Litauen: „Das haben wir, glaube ich, durch diesen ‚Slow-motion‘-Prozess ganz gut hinbekommen. In der Ära Kohl beginnend, dann unter Gerhard Schröder ein bisschen munterer, mit dem Kosovo-Einsatz.“

Bereits 1992 hatte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) in einem Interview mit dem Magazin „Der Spiegel“ erklärt, dass es „Schritt für Schritt“ um das Ziel neuer deutscher Kampf- und Kriegseinsätze gehe: „Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“

Bei Blauhelm-Einsätzen ist das schon gelungen: Zwei Drittel der Bevölkerung stimmen zu.“ Ischinger liefert mit seinen Äußerungen eine der späten Bestätigungen dafür und dass Gaucks Rede vor vier Jahren nur ein weiterer dieser Schritte war – ein entsprechender „Impuls“, wie er es nennt. Wie erfolgreich diese „Slow motion“-Strategie war und ist, zeigt zum Beispiel, dass der Einsatzbefehl für 1000 deutsche Soldaten nach Mali seit 2013 gesellschaftlich kaum Proteste auslöste – „ich staune jetzt noch darüber, dass das auf so geringen Widerstand gestoßen ist“, so der Ex-Diplomat.

Was mit Blick auf das Verhältnis zu Russland von Ischingers Aussagen zu halten ist und von der weiteren Entwicklung dabei zu erwarten sein könnte, deutet ein Arbeitspapier der offiziellen Bundesakademie für Sicherheitspolitik von November 2017 an.

Darin heißt es: „Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben bzw. den Eindruck aufkommen lassen, dass der derzeitige Konflikt mit Russland von vorübergehender Dauer sei und wir in absehbarer Zeit wieder zur Normalität zurückkehren könnten. Vielmehr sollten wir uns an diesen Konfliktzustand gewöhnen.“

Der Autor Marek Menkiszak, Leiter der Russlandabteilung des Zentrums für Oststudien (OSW) in Warschau, macht ebenfalls Moskau dafür verantwortlich und empfiehlt, die Konfrontation samt antirussischer Sanktionen und Nato-Truppen an der russischen Grenze aufrechtzuerhalten. Zwar heißt es bei dem Papier, es gebe nur die „persönliche Meinung des Autors“ wieder, aber offizieller Widerspruch dazu war bisher nicht zu vernehmen.